

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit über zwei Jahren tobt der Krieg in der Ukraine – was hat sich seither geändert? Was haben wir erreicht? Sollen wir weitermachen wie bisher? Darauf laufen die Beschlüsse der G7 – Konferenz hinaus.

Es ist Aufgabe jeder ernstzunehmenden Gewerkschaft, sich darüber Gedanken zu machen. Beim Kampf um eine Friedenslösung müssten die DGB-Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen.

Gewerkschaften orientieren sich seit ihrer Gründung an den elementaren Interessen der abhängig Beschäftigten: Angemessener Lohn, Beschränkung der Arbeitszeit, humane Arbeitsbedingungen, insbesondere Schutz vor gesundheitlichen Schäden, ausreichende Versorgung im Alter. Alle diese Ziele sind auch nicht schrittweise, auch nicht in ersten Ansätzen zu erreichen, wenn das gesellschaftliche „Umfeld“ nicht stimmt.

Ohne Klimaschutz ist für die nächste oder die übernächste Generation alles umsonst; wenn der Hurrikan regelmäßig die Häuser zerstört, interessiert sich niemand mehr für 5 % Lohnerhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung.

Und ohne Frieden? Wenn der Krieg wütet und sich die eigene Regierung direkt oder indirekt beteiligt, muss alles andere zurückstehen. Es herrschen nur noch militärische Grundsätze und Unterordnung. Es werden Milliarden locker gemacht. Nach Beginn des Ukraine-Krieges haben Bundestag und Bundesrat sogar das Grundgesetz geändert, um trotz Schuldenbremse ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden ins Leben zu rufen – ein „Vermögen“, das ausschließlich aus Schulden besteht. Außerdem soll der Rüstungsetat das 2 % - Ziel der NATO erreichen; 2 % des Bruttonutzenprodukts sollen für militärische Zwecke ausgegeben werden.

Dies alles geht nur, wenn man an anderer Stelle spart. Wo gespart wird, das hängt in unserer sogenannten wertorientierten Demokratie davon ab, wo die geringsten Widerstände zu erwarten sind. So sah etwa der Haushaltsentwurf für 2024 Folgendes vor:

- Die Ausgaben für „Humanitäre Hilfe und Krisenprävention“ sollten gegenüber dem Vorjahr um 34 % gekürzt werden - Panzer sind ersichtlich im Vergleich dazu sehr viel wichtiger geworden.
- Das Bafög sollte um 24 % reduziert werden, die Bundeszentrale für politische Bildung sollte 21 % weniger bekommen. Ein Land, das keine Rohstoffe hat und das deshalb von der Intelligenz und dem

Einfallsreichtum seiner Menschen lebt, spart bei der Bildung, ein Land, über das gerade eine rechtsradikale Welle schwappt, spart an der politischen Aufklärung.

- Auch Migrationsbeauftragte sollten 20 % weniger bekommen, weil ihre Tätigkeit halt nicht so wichtig ist.
- Das Wohngeld sollte um 17 % gekürzt werden (weil es ja preiswerten Wohnraum in Hülle und Fülle gibt).

Man muss das nicht kommentieren, die Punkte sprechen für sich. Das waren die Vorschläge des Finanzministers, das damit wieder einmal zeigte, wes Geistes Kind er ist. Das ist so nicht verabschiedet worden, weil es im Parlament auch noch ein paar vernünftige Leute gab.

Wie stellen sich die Gewerkschaften zu solchen Forderungen? Ich habe nirgends einen Aufschrei vernommen; irgendwie ist Burgfriedenspolitik wie im Ersten Weltkrieg angesagt. Ein Freund hat ein Papier geschickt, das schildert, wie das 1914 mit den Kriegskrediten lief. Am 31. Juli 1914 hatte der „Vorwärts“ geschrieben (der ja erstaunlicherweise immer noch so heißt):

„Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die vaterlandslosen Gesellen ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.“

Am 2. August 1914 beschloss der SPD-Fraktionsvorstand mit vier gegen zwei Stimmen, die Kriegskredite zu bewilligen. Die Fraktion stimmte mit 78 gegen 14 Stimmen zu. Der damalige SPD-Vorsitzende Hugo Haase begründete das im Reichstag damit, „Imperialismus und Wettrüsten“ seien für den Krieg verantwortlich. „Die freiheitliche Zukunft des deutschen Volkes sei bei einem Sieg des blutrünstigen russischen Despotismus gefährdet“. Ausdrücklich bekräftigte er die Absicht, „das eigene Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich zu lassen.“ Dieses „eigene Vaterland“ hatte vorher für die vaterlandslosen Gesellen im Grunde keinen Platz. Sie waren am untersten Ende der Hierarchie angesiedelt. Und trotzdem war von der „freiheitlichen Zukunft“ die Rede, obwohl das Kaiserreich für Arbeiter und Sozialdemokraten herzlich wenig Freiheit übrigließ.

Auch heute gibt es in unserer Gesellschaft ein ausgeprägtes Oben und Unten, und in der Gewerkschaft organisieren sich nicht diejenigen, die in unserer Gesellschaft das Sagen haben. Und dennoch werden die Herrschenden sogar verbal mit Samthandschuhen angefasst. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen: Gewerkschaftlichen Stellungnahmen zu vielen politischen Fragen sind häufig so formuliert wie die einer Lobbyorganisation, die ihre Gesprächspartner im Ministerium nicht vor den Kopf stoßen will.

Der Ver.di-Bundeskongress vom September 2023 hat diese grundsätzliche Linie fortgesetzt, allerdings mehr als sonst üblich Kritik geübt. Etwas befremdlich ist der in der Eingangspassage befindliche Satz: „Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen.“ Nicht erwähnt wird dabei, dass das ukrainische parlamentarische System schon in der Vergangenheit Schlagseite zugunsten der Oligarchen hatte, dass Korruption an der Tagesordnung war und dass mit Beginn des Krieges gerade auch Arbeitnehmerrechte drastisch beschnitten wurden. Von „Freiheit“ ist da nicht viel zu sehen. Die Waffenlieferungen wurden im Grundsatz bejaht; die Ursachen des Konflikts spielten keine Rolle. Sanktionen sollen sich gegen die Führung und die Oligarchen, nicht gegen das Volk richten, doch wird erkannt, dass sich dies angesichts intransparenter Vermögensverhältnisse nicht realisieren lasse. Die Konsequenz, auf Sanktionen zu verzichten, wird aber nicht gezogen. Und überhaupt nichts wird dazu gesagt, welche negativen Auswirkungen sich für die Bürger wie die Unternehmen in der Bundesrepublik ergeben haben. Immerhin finden sich ein paar kritische Ausführungen zum 100 Mrd. – Sondervermögen. So heißt es (ich zitiere):

„Die Behebung der bestehenden Mängel (bei der Bundeswehr) bedarf finanzieller Mittel. Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine

jedoch ad hoc Schulden in Form eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher von ver.di abgelehnt.“ Richtig, aber man braucht einen langen Atem, um das nachzuvollziehen. Wer wird sich wohl von diesem langen Satz beeindrucken oder gar in seinem Verhalten beeinflussen lassen? Wie wäre es mit einem „so nicht weiter“, wie wäre es, wenn man gegen diese „mehr als fragwürdige“ Aktion zu Demonstrationen aufrufen würde? Udenkbar, einen „Zusatzantrag“ mit diesem Inhalt zu beschließen. In Frankreich sagt man: Die Gedanken sind frei, aber die Fakten sind heilig.

Diese letztlich immer staatstragende Rhetorik ist einer der Gründe, weshalb sich bis zu den aktuellen Streiks niemand mehr so recht für die Gewerkschaften erwärmen wollte und die Mitgliederzahlen immer weiter zurückgingen. Gewerkschaften dürfen keine Angst davor haben, sich auch einmal „unangepasst“ und nicht den Regeln entsprechend zu verhalten; sie müssen es aushalten können, dass der eine oder andere

Minister grimmig schaut und mit Liebesentzug droht oder gar ein Gespräch mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden ablehnt. Von der aktuellen Regierung ist sowieso nichts zu erwarten: In der Finanz- und Sozialpolitik ist Lindner Kanzler und bestimmt die Richtlinien der Politik.

Das zu ändern, müsste eigentlich gar nicht so schwierig sein. Man muss nicht immer von „Unserer freiheitlichen Ordnung“ und „Unserer demokratischen Gesellschaft“ sprechen. Man könnte auch mal sagen: Diese Ordnung, die wir uns so nicht ausgesucht haben, kennt enorme Ungerechtigkeiten beim Einkommen, beim Vermögen, bei den realen Einflussmöglichkeiten. Das ist keineswegs „unsere Ordnung“, sondern eine, die wir bei Beginn unseres Lebens vorgefunden haben und an deren Umgestaltung wir arbeiten. Wäre das wirklich zu viel verlangt?

Ich finde es gut, dass es diese Konferenz gibt und dass wir uns als Gewerkschafter über den Ukrainekrieg Gedanken machen. Die Initiative „Mehr Diplomatie wagen“ hat einige Vorschläge gemacht, die wir hier diskutieren sollten. Es geht um eine veränderte Strategie, um einen Weg zu Waffenstillstand und Frieden.